

Programm

beschlossen am 23. November 2014 in Internet

1. Überfremdung und Asylbetrug stoppen!

Wir fordern sofortige Ausländer Aufnahme Stopp. 7,6 Millionen Ausländer sind genug. Jeder 5 in Deutschland hat eine Immigration Hintergrund. Rigorose Ausweisung aller Hassprediger. Strenge Kontrolle von Koranschulen und Vereinigungen, die unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft dem Islamismus den Weg zu bereiten versuchen. Verbot und Auflösung islamistischer Vereine und Einrichtungen. Kein Dialog mit Vorfeldorganisationen der Islamisten im Rahmen sog. „Islamkonferenzen“. Strengere Kontrollen bei Einreisen aus einschlägigen Ländern. Harte Strafen für Teilnehmer an Terrorausbildungen. Bei Asylbewerber fordern wir die Streichung sämtlicher direkter Geldleistungen an Asylbewerber, stattdessen Versorgung ausschließlich durch Sachleistungen. Des Weiteren wollen wir das die Unterbringung von Asylbewerbern in kostengünstigen Sammelunterkünften. Die schnellstmögliche Bearbeitung der Asylverfahren und sofortige Abschiebung nach rechtskräftiger Ablehnung des Asylantrages. Wir wollen die Einführung eines Straftatbestandes „Asylbetrug“, härteres Vorgehen gegen Schleußer und Hintermänner des koordinierten Asylbetrugs. Wir fordern sofortige Abschiebung wenn der Asylantrag abgelehnt wurde, wir wollen kein weiteres bleiberecht für Asylbewerber.

2. Deutsch ist Pflicht!

Die Deutsche Sprache ist für alle die in Deutschland leben Pflicht. Gerade in der Öffentlichkeit. Das heißt an Schulen und in Öffentlichen Gebäuden. Es kann nicht angehen das hier einige Ausländer seit 30 - 40 Jahre leben und der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

3. Familien- und kinderfreundliche Politik

Wir bekennen uns zur Chancengleichheit von Männern und Frauen, zum gegenseitigen Respekt und zu einem gerechten Einkommen, unabhängig vom Geschlecht. Im Steuersystem sind Familien als Wirtschaftsgemeinschaft zu bewerten. Das Pensionsystem hat Kinderbetreuungszeiten sowie Leistungen zur Pflege von Angehörigen zu berücksichtigen.

Rohe Gewalt, insbesondere gegen Kinder, verdient keine Nachsicht. Wir bekennen uns zu strengsten strafrechtlichen Bestimmungen bei Straftaten, die sich gegen Kinder und schutzbedürftige Mitglieder unserer Gesellschaft richten.

Deutschlands Zukunft liegt in der Hand der Jugend. Das Ziel freiheitlicher Jugendpolitik ist der aufgeklärte und mündige Staatsbürger, ausgestattet mit all jenen Kenntnissen und Fähigkeiten, die notwendig sind, um als charakterlich gefestigter und freier Mensch bestehen zu können.

4. Gesundheit

Das Lebensrecht des Menschen, seine Gesundheit und seine Würde sind Nützlichkeitsabwägungen nicht zugänglich. Deshalb darf der Mensch in seiner Existenz weder durch wirtschaftliche Erwägungen in Frage gestellt werden noch durch den

Missbrauch von Medizin und Gentechnik oder durch Vernachlässigung im Rahmen von Krankheit oder Behinderung seiner Würde beraubt werden.

Wir bekennen uns zum politischen Anspruch, Mehrklassenmedizin im staatlichen Gesundheitswesen nicht zu fördern. Das öffentliche Gesundheitswesen hat Privilegien aufgrund der sozialen Herkunft oder religiösen Orientierung auszuschließen.

5. Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur

Damit sich der Mensch in der Gesellschaft voll entfalten kann, bedarf er der geistigen Bildung, der bestmöglichen Aus- und Weiterbildung, einer Garantie der Lehr- und Lernfreiheit sowie der sozialen Chancengleichheit. Dazu müssen die wissenschaftliche Forschung und Lehre, die Entwicklung und Erschließung der Künste sowie die Lehre der Kunst frei sein. Gezielte Forschungs- und Entwicklungsarbeit sind Säulen einer positiven Zukunft unseres Heimatlandes. Grundlagenforschung ist genauso bedeutsam wie angewandte Forschung. Forschung und Lehre dürfen nicht wirtschaftlichen Interessen unter- bzw. nachgeordnet werden. Wir bekennen uns zu ethischen Grenzen der Forschung, die nicht überschritten werden dürfen.

Hauptaufgabe der Kulturpolitik ist die Förderung der Weiterentwicklung des kulturellen Reichtums unserer Gesellschaft. Dabei hat die Politik lediglich die Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der Freiheit und Vielfalt der Kunst zu schaffen, da sich diese Vielfalt durch individuelle künstlerische Leistung entwickelt. Kunst darf nicht staatlich instrumentalisiert werden, sie ist Selbstzweck. Nur so kann die Kunst die Schule der Fantasie und der Selbsterkenntnis bleiben.

6. Sicherung der Renten und Sozialleistungen

Wir lehnen die Rente mit 67 ab. Deutsche die 45 Jahre gearbeitet haben sollen einen Anspruch auf eine sichere Rente haben. Nur bei einem Sicherungsniveau von 53 Prozent werde der Lebensstandard im Alter gesichert und die Renten für alle spürbar steigen. Damit Zeiten von niedrigen Löhnen, Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege besser abgesichert werden. Es müssen auch die Mütter Jahre auf die Rente angerechnet werden. Es kann nicht sein das eine Mutter ihr Kind groß zieht und dann im Alter von der Grundsicherung lebt.

7. Schutz vor Kriminellen

Wir fordern die Ausweisung von Kriminellen Ausländer. Es kann nicht sein das Kriminelle Ausländer auf Kosten des Deutschen Staat Leben. Die Polizei muss auf der Straße mehr Präsenz zeigen, auch und gerade in ethnischen und sozialen Brennpunktvierteln, wo Polizei- und sogar Feuerwehreinsatzkräfte immer öfter als ungeliebte Repräsentanten eines „fremden Staates“ gesehen werden.

Die Justiz muss im Umgang mit Gewaltkriminellen endlich die Samthandschuhe ausziehen. Aktuelle Studien belegen: Langjährige Haftstrafen wirken auf potentielle Gewalttäter abschreckend!

8. Hilfe für die Industrie, Mittelstand und Handwerk

Mit unserer Industriepolitik und der Förderung von Handwerk und Mittelstand, schaffen wir neues nachhaltiges Wachstum für Deutschland Damit legen wir die Grundlage für den Erhalt und den Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Bei der Vergabe von öffentlichen

Aufträgen ist sorgfältig zu prüfen, ob und inwieweit diese am erfolgreichsten durch deutsche Firmen durchgeführt werden können.

9. Direkte Demokratie für deutsche Bürger

Wir treten für eine verstärkte Teilnahme des Bürgers an politischen Entscheidungen ein und sehen Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene als geeignete Instrumente an, die Bürger in wesentlichen Fragen mitbestimmen zu lassen und den Willen der Mehrheit zu berücksichtigen. Wir meinen, dass der oberste Grundsatz unserer Verfassung, die freiheitliche demokratische Grundordnung, so mit Leben erfüllt und dem Bürger nähergebracht werden kann. Jeder politischen Partei, ohne Rücksicht auf ihre Größe, ist entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes die Chance zur Mitwirkung an der Staatswillensbildung zu eröffnen und offenzuhalten, solange ihre Ziele und Aktivitäten mit unserer Verfassung in Übereinstimmung stehen. Das vom deutschen Gebührenzahler finanzierte Programm im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen, aber auch das der privaten Anbieter, hat sich an den Werten des Grundgesetzes auszurichten. Es ist nicht einzusehen und untragbar, dass im deutschen Rundfunk und Fernsehen unseren Staat diskriminierende Belange mit großer Leidenschaft vertreten werden, die Rechte der eigenen Nation aber, z. B. Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen oder gar bekämpft werden. Auch haben alle Sendungen auf das sittliche und moralische Empfinden der Mehrheit der Bürger Rücksicht zu nehmen. Fremde Einflüsse auf unsere Kultur müssen auf ein vernünftiges Maß beschränkt werden. Deutsche Künstler sind leistungsentsprechend zu fördern. Wir erstreben eine Direktwahl der Rundfunk- und Fernsehräte durch die Bevölkerung. Unser Ziel ist es, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden, wie es auch die Eidesformel der Verfassung fordert. Unser Streben gilt der Durchsetzung von Recht und Freiheit für das deutsche Volk und Vaterland, eines gleichen Rechts für alle Deutschen. Auf dieser Grundlage und nur als freiheitlicher und demokratischer Rechtsstaat kann die Bundesrepublik Deutschland am Frieden und Wohlergehen in der Welt mitwirken.

10. Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Schluss mit Steuerlügen und nutzlosen Konjunkturprogrammen – dafür Abschaffung des „Solidaritätszuschlags“. Statt einzelne Branchen oder Großunternehmen zu pöppeln, müssen die Bürger auf breiter Front entlastet werden, um den Binnenkonsum zu beleben. Gegenfinanzierung durch strikten Abbau von Klientelsubventionen, Offenlegung und Zurückfahren der verborgenen Einwanderungs- und Integrationskosten, Überprüfung und Reduzierung der Ausgaben für internationale Kriege und Militäroperationen und der Beiträge zu übernationalen Organisationen

11. Beim alten Schulsystem bleiben

Erhalt des bewährten dreigliedrigen Schulsystems und der Schulvielfalt. – Beendigung von offensichtlich erfolglosen Gesamtschulexperimenten. Förderung der Leistungsbereitschaft. Keine Niveauabsenkungen zur Erzielung politisch gewünschter Ergebnisse. Generelle Lehrmittelfreiheit an allen allgemein bildenden Schulen. Ganztagsangebote nur dort, wo die Eltern selbst sie wollen verfahren mit Mindestsicherung. Beitragsstaffelung nach Kinderzahl. Steuerliche Förderung von Betriebsrenten

12. Energieversorgung sichern

Wir fordern den Weiterbetrieb der vorhandenen Kernkraftwerke auf höchstmöglichem Sicherheitsniveau bei Verzicht auf den Bau weiterer Atomkraftwerke, die Nutzung alternativer Energiequellen und die Förderung von Erforschung und Anwendung neuer Technologien wie der Brennstoffzelle.